

Bald reihenweise Staatsbankrotte ?

Wer glaubt, Griechenlands Staatsbankrott ist noch abzuwenden, der irrt. Das ganze Geld (sind ja eh nur wertlose Papierschnipsel), das Griechenland erhalten hat, um eine Staatspleite zu verhindern, ist futsch. Wie soll Griechenland seine Schulden jemals begleichen, wenn die Bürger keine Arbeit und somit auch kein Geld zum konsumieren haben? Das von der griechischen Regierung auferlegte Sparpaket, um weitere Rettungsgelder zu erhalten, wird die Depression nur noch verschärfen. Der Staatsbankrott wird nicht verhindert, sondern nur in die Zukunft verlagert. Und genau das ist vom IWF und der EU-Diktatur beabsichtigt.

Die Milliarden Euro, die unsere Politiker verantwortungslos in die EU-Rettungsschirme gepumpt haben, werden Deutschland noch in große finanzielle Schwierigkeiten bringen.

„Eine mögliche Staatspleite Griechenlands würde Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg viel Geld kosten. Beide Länder halten Schuldtitel aus Athen. Mit 220 Millionen Euro entfällt der größte Teil davon auf Nordrhein-Westfalen, wie ein Sprecher des Finanzministeriums in Düsseldorf auf Nachfrage erklärte. Die Papiere sind demnach Teil der Versorgungsrücklage für Beamtenpensionen, in der 3,4 Milliarden Euro angelegt seien, 6,5 Prozent davon in Griechenland-Anleihen. Diese seien 2004 und 2005 erworben worden, also lange vor Ausbruch der Staatsschuldenkrise.“ ([Quelle](#))

Und was ist mit Portugal, Irland, Spanien ... etc.? Welche Summen von Schuldtiteln türmen sich hier für Deutschland oder einzelne Bundesländer auf? Viele Bundesländer und Kommunen stehen jetzt schon kurz vor der Zahlungsunfähigkeit.

Politiker regieren gegen die Interessen der Bevölkerung

Deutschland aber geht es „angeblich“ finanziell gut – so zumindest wird es uns von der Bundesregierung und den regierungsfreundlichen Medien immer wieder suggeriert - und deshalb will diese schwarz/gelbe Regierung ab 2013 Steuererleichterungen beschließen. Wie krank muss man eigentlich sein, bei einer Staatsverschuldung von über 2.000 Milliarden Euro dem Volk auch noch Steuergeschenke zu versprechen? Sigmund Freud hätte eine wahre Freude daran, dieser psychopathischen Regierung einer Psychoanalyse zu unterziehen. Das „Über-Ich“ ist dieser Regierung wohl komplett aus dem Ruder gelaufen. Von Moral oder Gewissen gegenüber dem eigenen Volk kann von diesen Volkszertretern in keinster Weise die Rede sein. Diese Volkszertreter handeln in vielerlei Hinsicht gegen den Willen des Volkes.

[Nur jeder fünfte Deutsche stimmt der Griechen-Hilfe zu.](#) Sicherlich mag diese Umfrage nicht als repräsentativ betrachtet werden, aber tendenziell dürfte das Ergebnis in etwa hinkommen. Beim Afghanistan-Kriegseinsatz, der seit fast zehn Jahren andauert, sehen die Umfragen ähnlich aus. Kann man es anders beschreiben, als das sich diese Regierung einen Dreck um die Meinung ihrer Bürger kümmert?

Und was ist mit dem Wahlgeschenk „Steuersenkung“? Auch dieses Thema kommt derzeit bei den Bürgern überhaupt nicht an. [Deutsche wollen Röslers Steuersenkungen nicht.](#) Nur 19 Prozent der Befragten sind dafür! Immerhin sind 40 Prozent der Bürger für Schuldenabbau und weitere 40 Prozent sind der Meinung, dass das Geld in Infrastruktur oder Bildung investiert werden sollte.

Bis zur nächsten Bundestagswahl sind es noch über zwei Jahre hin. In diesen zwei Jahren wird diese Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach noch weitere Mrd. Steuergelder verbrennen.

Frau Merkel sollte es sich gut überlegen, ob sie in diesen zwei Jahren weiterhin gegen das Volk regiert. Die Landtagswahl, die im März in Baden Württemberg stattfand, hat gezeigt, dass die Wähler nicht länger bereit sind, bürgerfeindliche Politik hinzunehmen.

Vielleicht kommt aber auch alles noch ganz anders. Was wäre z.B., wenn das griechische Volk die Regierung stürzt und sich nicht länger der Knechtschaft des IWF und der EU-Diktatur unterwerfen will? In Spanien brodelt es auch gewaltig. In Frankreich und Italien sieht es auch nicht viel besser aus. Die Bürger dieser Länder haben schon häufig bewiesen, wenn sie geschlossen in Streik treten, viele Produktionsstätten lahm zu legen. Für ein Möchtegern-Napoleon Sarkozy oder für einen sexsüchtigen Berlusconi wird dann schnell die Stunde geschlagen haben. Und wenn die Deutschen dann auch langsam mal begreifen, dass ihre Führerin Merkel sie mehr und mehr verarmen, sollte Frau Merkel besser einen Asylantrag beim US-Konsulat stellen. Vorsorglich wird sie dies sicherlich schon getan haben.

Es ist nicht auszuschließen, dass sie vor der nächsten Bundestagswahl noch Bundeskanzlerin sein wird. Der Staatsbankrott von Griechenland und Portugal könnte sie bis dahin möglicherweise noch zu Fall bringen.

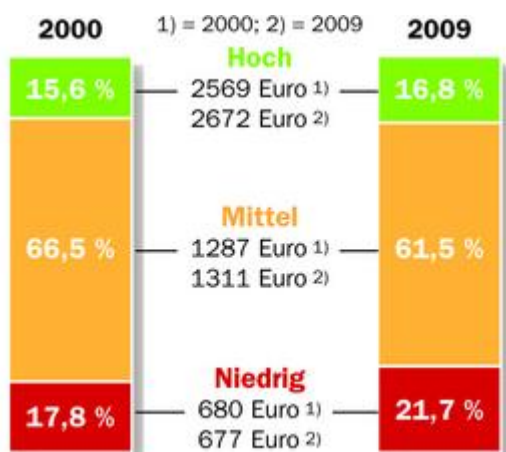
Die Ratingagentur Moody's hat nämlich vor kurzem die Bonität Portugals auf Ramschniveau herabgestuft ([Quelle](#)). Griechenland ist abgefrühstückt, jetzt nehmen sich die „Big-Three“ Portugal vor. Welches EU-Land folgt als nächstes?

Man mag von dem [Kartell der Rating-Agenturen](#) halten was man will, aber sie legen dar, was EU-Politikkraken, die sich auf Kosten der Steuerzahler die Taschen füllen, nicht wahr haben wollen.

Die Mittelschicht in Deutschland schrumpft

Laut [wikipedia](#) wird die Mittelschicht als diejenige Bevölkerungsgruppe bezeichnet, „**die sich in Bezug auf ihr Einkommen bzw. ihren Besitz weder der vermögenden Oberschicht noch der besitzlosen und einkommensschwachen Unterschicht zuordnen**“ lässt. Betrug der Anteil der Mittelschicht in der Bevölkerung im Jahre 2000 noch 66,5 Prozent, so lag sie im Jahre 2009 nur noch bei 61,5 Prozent, wie die folgende Grafik zeigt. ([Quelle](#))

Im Gegensatz dazu stieg in diesem Zeitraum prozentual gesehen der Anteil der Ober- sowie der Unterschicht. Seit 2009 dürfte das Verhältnis zu Gunsten der Oberschicht und zum Leid



der Mittel- und Unterschicht wahrscheinlich noch weiter zu-, bzw. abgenommen haben. Zumal Lohnerhöhungen kaum stattfanden und Preissteigerungen insbesondere im Energiebereich (Gas, Öl, Strom ...) die Kaufkraft der Mittel- und Unterschicht zusätzlich schwächte.

Hinzu kommt, dass in Deutschland immer mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren gingen und in Zeitarbeit ausgelagert wurden.

Ergebnis: Niedrigere Löhne, weniger Sozialbeiträge und Steuereinnahmen auf der

einen Seite. Höhere Unternehmensgewinne auf der anderen Seite. Hat jemand von einer unternehmensfreundlichen schwarz/gelben Regierung etwas anderes erwartet?

Gewerkschaften? Diese Vereine würde ich nicht mal in der Pfeife rauchen! Wer will sich denn schon mutwillig vergiften? Deren Bosse sitzen in Aufsichtsräten und füllen sich genauso ihre Taschen wie Konzernbosse. Die interessieren sich einen Dreck für ihre Mitglieder und das arbeitende Volk. Nach außen große Reden schwingen und hinter verschlossenen Türen wird abkassiert.

Konzern-, Gewerkschaftsbosse und Politiker sollte man alle in einen Sack stecken und dann draufhauen – man trifft immer die richtigen. [Die Gier nach Geld und Macht](#) ist für viele Menschen in hohen Positionen unersättlich. Einmal an der Macht geschnuppert, gibt es kaum noch ein zurück in die Solidargemeinschaft.

Staatsbankrotte sind nicht aufzuhalten

Die exzessive „Gier nach Geld und Macht“ und die ungezügelte Schuldenmacherei der unverantwortlichen Politiker wird eines Tages diesem Falschgeldsystem zum Verhängnis. Wie lange schauen sich die ausgebeuteten Bürger das noch an? Das griechische Volk hat es inzwischen verstanden und will sich nicht länger vom IWF und der EU-Diktatur drangsalieren lassen.

Wie ich bereits eingangs erwähnte, ist Griechenland pleite. Je mehr Hilfgelder fließen, desto schlimmer wird letztendlich die Bankrotterklärung. Der Schnitt hätte schon längst erfolgen sollen. Auch hier wird **gegen** die Bürger regiert.

Hätte Griechenland im letzten Jahr schon den Staatsbankrott erklärt, hätten sie heute wesentlich weniger Verbindlichkeiten. Aber nein, der IWF und die EU-Diktatur wollte dieses Land mit Unterstützung der korrupten griechischen Regierung das Land noch weiter ausbeuten. Jetzt gibt es kein zurück mehr. Griechenland **ist nicht mehr** zu retten. Der Bankrott ist nur aufgeschoben. Sollten doch vor einer Griechenland-Pleite die Banken, sowie die EZB vor massive Verluste geschützt werden, so wird immer wieder verschwiegen, das hier in erster Linie das Geld der Großsparer, das sie den Banken geliehen haben, gesichert werden soll.

Diese Ansicht vertritt auch Max Otte. In einem Interview sagt er: „[Die Rettungspakete retten die Superreichen](#)“. Leider haben die Bürger diesen Betrug noch nicht verinnerlicht. Wie auch, wenn die Massenmedien täglich nur „Blöd“sinn und Lügen verbreiten.

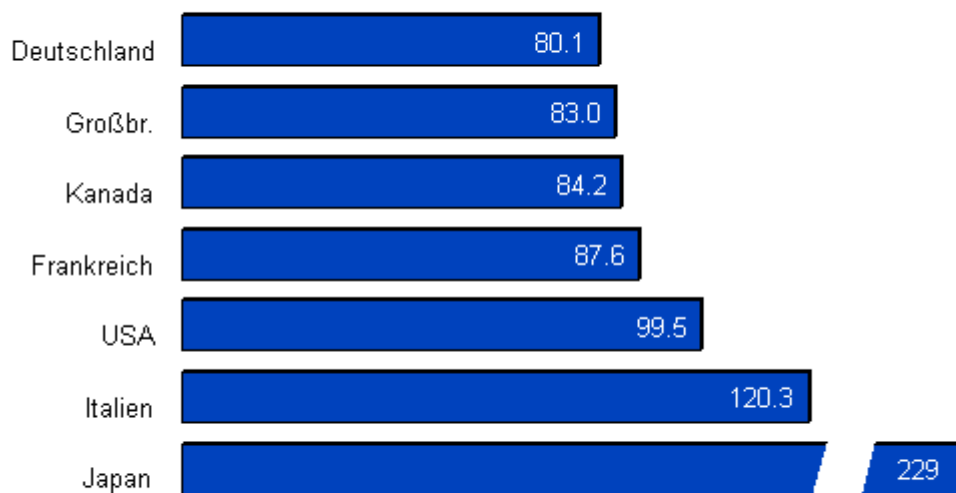
Nochmal. Griechenland ist definitiv pleite. Portugal und andere EU-Staaten im Prinzip auch. Aber das ist eigentlich das kleinere Übel. Das größte weltwirtschaftliche Problem ist die USA, die viel tiefer im Schuldensumpf steckt. Dagegen sind Griechenland, Portugal u.a. EU-Länder geradezu Peanuts. Dazu allerdings halten sich die „Big-Three“ sehr zurück. Obwohl, und das ist schon erstaunlich, hat die Ratingagentur Fitch zu Minnesota, das den Staatsbankrott erklärt hat, ein Statement abgegeben. Sie „**stufte die ausstehenden Bonds des Bundesstaats um einen Grad auf AA+ herunter**“ ([Quelle](#)).

Und wenn ich dann in den Medien höre und lese, dass der DAX auf 8.000 Punkte und darüber hinaus steigen könnte, wird mir bei solchen Aussagen ganz übel. Gut möglich, dass es dazu kommen mag, aber es könnte auch ganz schnell das Gegenteil eintreffen. Dann nämlich, wenn

nach Griechenland, Irland und Portugal auch Italien und/oder Spanien unter den Rettungsschirm muss. In Brüssel würden die Nerven blank liegen. Die EZB, die auf einen Haufen Schrottpapiere, die sie illegal erworben hat, sitzt, könnte dann schon mal den Konkursverwalter bestellen. Eigentlich aber ist die EZB, die „[Bad Bank für Europas Schrottpapiere](#)“, schon längst pleite, denn Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien haben bei der EZB 444 Mrd. Euro Schulden.

Italien? Ja, auch in Italien muss in Zukunft kräftig gespart werden, zumal deren Verschuldung bei 120 Prozent zum BIP liegt. Im Jahr 2010 lag Griechenland bei etwa 143 Prozent. So groß ist die Differenz auch nicht. Und wann ist demnach Italien pleite? Hier eine Übersicht der Staatsverschuldung der G7-Industrieländer:

16351: Staatsverschuldung 2011 in % BIP



Quelle: IWF. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

(Quelle)

Im Klartext bedeutet das, dass die G7-Industrieländer derart verschuldet und kaum noch in der Lage sind, diesen Schuldensumpf entgegenzuwirken. Das Schuldendesaster dieser Länder wird sich fortsetzen, denn die Schuldzinsen werden weitere Schulden zur Folge haben. Und wenn schon nicht die G7-Industrieländer ihre Staatsschulden abbauen können, wie sollen dann erst die anderen hochverschuldeten Länder ihre Schulden reduzieren? Es ist schlicht und einfach nicht möglich.

Die Zeit der Schuldenorgie hat ihren Höhepunkt eigentlich schon längst erreicht. Wer würde denn z.B. Japan noch einen Cent leihen, außer die Banken, die bekanntermaßen durch die Zinsen satte Gewinne einfahren und diese an ihre Großsparer für deren geliehenes Geld weiter geben müssen? Sollte Japan in naher Zukunft zahlungsunfähig werden, springt für die Verluste, die dann auf die Banken zukämen, wie es bereits in der Vergangenheit der Fall war, der Steuerzahler ein, um die Banken, insbesondere das Vermögen der Großsparer zu schützen. Unsere unverantwortlichen Politiker geben somit den Banken einen Freibrief für das unbeschwerte Zocken an den Finanzmärkten, um das Vermögen der Großsparer weiter zu vermehren. Den meisten Steuerzahlern scheint dieses Vorgehen egal zu sein, denn 1.) wehren sie sich nicht gegen diese kriminellen Machenschaften der Politmafia und 2.) wählen sie diese

Staatsplünderer regelmäßig wieder. Eine andere Erklärung, als dass das Volk betrogen werden will, gibt es eigentlich nicht.

Die Verschuldungsquoten im Euroraum zum Ende des Jahres 2010 sehen folgendermaßen aus.

*„Am Ende des Jahres 2010 wurden die niedrigsten Verschuldungsquoten (öffentlicher Schuldenstand im Verhältnis zum BIP) in **Estland** (6,6%), **Bulgarien** (16,2%), **Luxemburg** (18,4%), **Rumänien** (30,8%), **Slowenien** (38,0%), **Litauen** (38,2%), **der Tschechischen Republik** (38,5%) und **Schweden** (39,8%) verzeichnet. Vierzehn Mitgliedstaaten wiesen im Jahr 2010 eine Verschuldungsquote von mehr als 60% des BIP auf: **Griechenland** (142,8%), **Italien** (119,0%), **Belgien** (96,8%), **Irland** (96,2%), **Portugal** (93,0%), **Deutschland** (83,2%), **Frankreich** (81,7%), **Ungarn** (80,2%), **das Vereinigte Königreich** (80,0%), **Österreich** (72,3%), **Malta** (68,0%), **die Niederlande** (62,7%), **Zypern** (60,8%) und **Spanien** (60,1%).“* (Quelle: [eurostat](#)).

Wenn Griechenland pleite ist, und da sind sich einige nichtregierungshörige Ökonomen inzwischen einig, dann auch Italien, Belgien, Irland und Portugal, die eine Staatsverschuldung um die 100 Prozent zum BIP und sogar darüber aufweisen. Der Rest über 60 Prozent ist zumindest gefährdet.

Wie vor wenigen Tagen bekannt wurde, hat jetzt auch Italien die Schuldenkrise erfasst. Die EU-Kraken kommen daher mächtig ins Schwitzen und „**wollen den Rettungsschirm für angeschlagene Mitgliedsstaaten aufstocken**“. Die [EZB diskutiert über Verdopplung des Euro-Rettungsschirms](#). Übrigens, [Italien schuldet deutschen Banken 116 Milliarden Euro](#).

Man wird den Eindruck nicht los, dass in Brüssel und in der EZB nur Deppen sitzen und die wahren Verschuldungsprobleme in der Euro-Zone entweder in ihrer Tragweite nicht erkennen oder bewusst verschweigen. Ich vermute das Letztere. Wie blauäugig muss man eigentlich sein, um Italiens Verschuldungsproblem jetzt erst zu erkennen?

Den Euro-Rettungsschirm auf 1,5 Billionen Euro verdoppeln, um eine Schutzmauer um Italien zu bauen? Warum kleckern und nicht klotzen und den Rettungsschirm nicht gleich auf 5 Billionen Euro oder sogar noch mehr erhöhen? Dann kann die EU andere Pleitekandidaten wie Spanien, Belgien ... und Deutschland vorsorglich gleich mit retten. Geld schöpfen aus dem „Nichts“ ist doch für die Europäische Pleitebank (EZB) eine Kleinigkeit. Ein Knopfdruck und alles ist erledigt. Mit einer zukünftigen Hyperinflation lässt sich das doch relativ schnell regulieren. Danach eine Währungsreform (die Bürger haben ohnehin nichts mehr und dürfen wieder bei Null anfangen) und alles ist wieder in Butter. Das gleiche Spiel beginnt wieder von vorne. Der Kondratieff-Winter ist überstanden und für die nächsten 60-70 Jahre darf weiter auf den nächsten Kondratieff-Winter hingearbeitet werden.

Gab es in der Vergangenheit vereinzelte Staatsbankrotte, so werden diese in naher Zukunft reihenweise und geballt auftreten. Der erste Dominostein Griechenland ist bereits gekippt. Fragt sich nur, wann er fällt und die nächsten Staaten umwirft. Allzu lange dürfte es nicht mehr dauern. Dann aber geht es Schlag auf Schlag und in kürzester Zeit ist dieses Schuldgeldsystem am Ende. Ich vermag es nicht einzuschätzen, wann der Zeitpunkt gekommen ist, aber aller Wahrscheinlichkeit nach wird das derzeitige Schuldgeldsystem dieses Jahrzehnt nicht überleben. Die Folgen werden grausam sein.

Das Chaos, das uns bevorsteht, wird unvorstellbare Ausmaße annehmen. Banken werden von ihren Schuldnern alles an sich reißen, was sie zu Geld machen können. Die Masse wird verarmen und Hunger leiden.

Blödsinn? Nein, im Gegenteil, das ist alles von ein paar wenigen Globalisten so gewollt.

Die besten Überlebenschancen werden die haben, die bereits ihr Papiergeld in Sachwerte wie z.B. Gold, Silber oder Ackerland eingetauscht haben. Sollte sich ein derartiges Szenario von reihenweisen Staatspleiten in naher Zukunft andeuten, könnte der Gold- und Silberpreis in wenigen Tagen in ungeahnte Höhen schießen. Ackerland ebenfalls.

Deshalb erscheint es in diesen Zeiten sinnvoll, sein Vermögen zu schützen und nicht mit aller Gewalt zu vermehren. Gier war schon immer ein schlechter Ratgeber.

Geschichte wiederholt sich. Staatspleiten ebenfalls. Wenn schon unsere dummdreisten Politiker nichts aus der Geschichte gelernt haben, so hoffentlich doch SIE!

Copyright © Dieter Sordon

Internet: www.krisenfrei.de

Kontakt-Mail: info@krisenfrei.de

Die Weiterverbreitung dieses Artikels, oder Zitate daraus, ist nur mit Quellen- und Autorangabe gestattet.

12. Juli 2011